



Dringliches Postulat 165

Eingang Stadtkanzlei: 1. Dezember 2017

Schluss mit der Poststellenschliessung

Vor gut einem Jahr hat die Post zu einem Kahlschlag im Poststellennetz angesetzt. Schweizweit sollen rund 600 Poststellen geschlossen, tausende Arbeitsplätze abgebaut und die Dienstleistungen der Post massiv abgebaut werden. Im Kanton Luzern soll bis 2020 ein Drittel der Poststellen, in der Stadt Luzern fünf Standorte geschlossen werden. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger wehren sich gegen diesen Kahlschlag. Viele Gemeinden stemmen sich gegen den Abbau und der Kanton Uri hat ein Moratorium durchgesetzt.

Auf diesen grossen Widerstand hin hat die Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N) eine Motion lanciert, die eine Überarbeitung der Erreichbarkeitskriterien für Dienstleistungen der Post fordert. Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat haben sich für diesen Vorstoss und damit klar für einen starken Service public ausgesprochen. Damit werden die Kriterien für die Dichte des Poststellennetzes auf nationaler Ebene neu definiert und auf die regionalen Anforderungen angepasst.

Der Stadtrat wird darum gebeten, sämtliche Gespräche mit der Post in Bezug auf die Schliessung oder Umwandlung von Poststellen umgehend abubrechen und die Ausdünnung des Postnetzes in der Stadt Luzern zu stoppen, bis die Erreichbarkeitskriterien auf nationaler Ebene neu definiert sind. Ausserdem soll sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die neuen Erreichbarkeitskriterien auf die besonderen Gegebenheiten in Städten insgesamt und der Stadt Luzern im Speziellen, wie der hohen Bevölkerungs- und Geschäftsdichte, angepasst werden.

Martin Wyss, Claudio Soldati und Gianluca Pardini
namens der SP/JUSO-Fraktion